

Margareta Steinrücke, Arbeitnehmerkammer Bremen

1. Mai-Rede 2012 Tübingen

„Arbeitszeitverkürzung jetzt! Bei vollem Lohnausgleich!

Weniger arbeiten – besser Leben – Arbeit fair teilen

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen!

Einen schönen guten Morgen und einen wunderschönen 1. Mai.

Erst einmal möchte ich mich ganz herzlich für die Einladung hierher nach Tübingen bedanken. Es ist mir eine große Ehre, hier, in der Stadt Hölderlins und auch Ernst Blochs, zu Euch sprechen zu dürfen, noch dazu zum Thema Arbeitszeitverkürzung. Ernst Blochs Gewährsmann Thomas Morus hat schon vor 500 Jahren in seinem Utopia den 6-Studentag propagiert.

Dieses von vielen totgesagte Thema ist auch der **Ursprung des 1. Mai** als Feiertag der Arbeit. Vor über 120 Jahren verließen 200.000 amerikanische Arbeiter am 1. Mai ihre Arbeit, um den **8-Studentag** zu fordern, und im Jahre 1889 beschlossen die 400 Delegierten des Internationalen Arbeiterkongresses, den 8-Studentag als ihre zentrale Forderung in allen Ländern an einem internationalen Tag der Arbeit, dem 1. Mai, zum Ausdruck zu bringen.

Nun haben wir den 8-Studentag ja längst – wobei man nicht vergessen sollte, dass er in Deutschland erst im Gefolge der Kämpfe der Arbeiterinnen und Arbeiter in der Räterevolution 1918/19 eingeführt worden ist. Inzwischen haben wir nicht nur den 8-Studentag, sondern auch die 40-Stunden-, in manchen Branchen sogar die 35-Stundenwoche. Also alles gut? Können wir wieder nach Hause gehen?

Nein! Denn die Zeiten haben sich geändert und vieles steht nur auf dem Papier. Auf der einen Seite ist die **Produktivität** der Arbeit, d. h. wie viel wir pro Zeiteinheit produzieren, gigantisch gewachsen. Allein von den 1960er Jahren bis zum Jahr 2000 für viele Produkte im Schnitt um 100 Prozent. D. h. wenn die Herstellung eines Brotes 1960 20 Minuten dauerte, so dauert sie heute noch 10. Bei vielen Metallerzeugnissen wie Autos und Elektrogeräten ist der Produktivitätszuwachs noch um ein Vielfaches größer.

Würden wir diesen, durch vielfache, technische, organisatorische und motivationale Rationalisierungsprozesse ermöglichten Produktivitätsfortschritt 1 zu 1 in unser aller Arbeitszeit umsetzen, müssten wir **heute 24 Stunden** pro Woche arbeiten. 1960 hatten wir in Deutschland nämlich die 48-Stundenwoche mit Samstag als vollem Arbeitstag. Die Älteren unter Euch erinnern sich vielleicht noch an die Kampagne „Samstags gehört Vati mir“, mit der die Gewerkschaften damals den arbeitsfreien Samstag und die 40-Stundenwoche erkämpft haben. Die 24-Stundenwoche – eine schöne Vorstellung und eine technisch und ökonomisch objektiv machbare noch dazu.

Aber was haben wir stattdessen?

In Wirklichkeit haben wir in vielen Bereichen Arbeitszeiten, wo die 35-, 37- oder 40-Stundenwoche zwar auf dem Papier steht, de facto aber **Überstunden** ohne Ende gefahren werden, davon etwa die Hälfte unbezahlt, **Arbeitszeitkonten überquellen**, über das Limit gehende Stunden einfach gekappt werden, oder bei Vertrauensarbeitszeit gar nicht mehr erfasst wird, wie viel jemand arbeitet. Die erzwungen-freiwillige Selbst-Ausbeutung feiert fröhliche Urstände.

Das hat viele Ursachen: in vielen schlecht bezahlten Berufen wie z. B. Wachdiensten einfach die Tatsache, dass **Überstunden** die **einzige Chance** sind, überhaupt auf einen halbwegs das Überleben sichernden Lohn zu kommen.

Das trifft inzwischen auf immer mehr Berufe zu: Deutschland ist das einzige Land Europas, das in den letzten 12 Jahren keinen Reallohnzuwachs, ja sogar eine leichten **Reallohnrückgang** zu verzeichnen hatte. Außerdem haben wir inzwischen Dank der Hartz-Reformen und durch die aufgrund der seit vielen Jahren anhaltenden Massenarbeitslosigkeit geschwächte Position der Gewerkschaften einen riesigen **Niedriglohnsektor**, den größten Europas, fast so groß wie der der USA.

Eine weitere Ursache sind die **chronische Unterbesetzung** vieler Bereiche aufgrund von Personaleinsparungen und im wachsenden Bereich der Projektarbeit völlig unrealistischen Ziel- und Zeitvorgaben.

Gestützt wird dieses vom Profitinteresse der Arbeitgeber und dem Kosteneinsparndruck im öffentlichen Dienst getriebene Missmanagement mit der Folge

immer weiter ausufernder Arbeitszeiten aber auch von dem Wunsch vieler Beschäftigter, gerade in Bereichen hochqualifizierter, sozialer und Gesundheitsarbeit, ihre Arbeit gut zu machen, das Projekt trotzdem pünktlich fertig zu bringen, KollegInnen und PatientInnen nicht im Stich zu lassen.

All das hat dazu geführt, dass in Deutschland die **tarifvertraglich vereinbarten** und die **tatsächlichen Arbeitszeiten** immer **weiter auseinanderdriften**, derzeit um etwa 4 Stunden, und wir mit über 41 Stunden tatsächlicher Wochenarbeitszeit wieder die drittlängsten Arbeitszeiten in Europa haben (vor 10 Jahren lagen wir noch genau im europäischen Durchschnitt).

Das ist aber nur die eine Seite der Medaille. Auf der anderen Seite stehen die vielen Millionen mit Arbeitszeit Null, die **offiziell 3 Millionen Arbeitslosen**, und die rasant wachsende Schar derer, die in Minijobs und unfreiwilliger Teilzeit arbeiten und gerne mehr arbeiten würden. An beiden Gruppen kann man übrigens sehr schön zeigen, wie **mit Statistik gelogen** wird: bei den 3 Millionen offiziell Arbeitslosen werden all die nicht mitgezählt, die sich in Weiterbildung oder einem 1 Euro-Job befinden, die unter 25 oder über 58 langzeitarbeitslos sind (und das ist man nach der amtlichen Definition schon nach 1 Jahr), kranke Arbeitslose und die in der sog. „stillen Reserve“, überwiegend Frauen, die sich gar nicht mehr arbeitslos melden.

Insofern dürfte die reale Zahl der Arbeitslosen, allen Jubelmeldungen der Agentur für Arbeit und des Bundesarbeitsministeriums zum Trotz, **eher bei 5** als bei 3 Millionen liegen. Und ehrlicherweise müssten die Wünsche nach längeren Arbeitszeiten der ganzen MinijobberInnen und unfreiwillig Teilzeitbeschäftigten, die sog. **Unterbeschäftigung**, hinzugezählt werden, die in Vollzeitstellen umgerechnet auch noch einmal zwischen 1 und 2 Millionen fehlende Arbeitsplätze ergeben.

Stattdessen werden Erfolgsmeldungen losgelassen über die stetig steigende Zahl der Beschäftigten und dass wir so viel Erwerbstätige hätten wie nie zuvor. Dabei wird unterschlagen, dass dieses Beschäftigungswachstum nur eines nach Köpfen ist und fast ausschließlich auf den Zuwachs von prekärer Beschäftigung, von Leiharbeit, Minijobs und Teilzeitstellen, häufig durch Umwandlung von Vollzeitstellen in solche, zurückzuführen ist: die insgesamt in Deutschland gearbeitete Zahl an Stunden ist gleichzeitig gesunken.

Wem diese Zahlenspiele zu abstrakt sind, den oder die möchte ich gerne zu einem kurzen Gedankenexperiment einladen: überlegt einmal, ob **Ihr selbst einen Arbeitslosen oder eine Arbeitslose kennt**. Auf die abstrakte Frage würden viele wahrscheinlich erst einmal antworten: nein. Aber wenn man dann genauer hinguckt, in die eigene Familie, in den Freundes- und Bekanntenkreis, dann gibt es wahrscheinlich bei fast jedem von uns eine Frau, die nach der Elternzeit große Schwierigkeiten hat wieder in den Beruf zurückzukommen; ein Kind, das sich in einer schulischen Warteschleife aufhält, weil es keinen Ausbildungsplatz bekommen hat, nach erfolgreich abgeschlossener Ausbildung nicht übernommen worden ist oder nach dem Studium das 5. unbezahlte Praktikum macht; einen über 50jährigen Freund, der aufgrund einer Betriebsschließung seinen Job verloren hat und nach der 150. Bewerbung aufgegeben hat, sich um eine Job zu bemühen, oder eine alleinerziehende Mutter, die gerne arbeiten würde, aber keine ausreichende Kinderbetreuung bekommt. Ich bin sicher, irgendwo kennt jede/r von uns so jemand.

Was ich damit sagen will ist: die **Not durch Arbeitslosigkeit** ist viel größer als sie in Statistiken und offiziellen Verlautbarungen erscheint. Sie ist in einer so reichen Gesellschaft wie unserer, in der es auch so viel Arbeit gibt, die noch zu tun wäre, ein Skandal, der systematisch totgeschwiegen wird, und sie ist etwas, von der jede und jeder von uns betroffen ist. Und sei es allein durch die Tatsache, dass jede/r Arbeitslose mehr, die „**Reservearmee**“ der Arbeitslosen, **unsere Gewerkschaften schwächt** und ihre Möglichkeiten, einen anständigen Lohn für uns alle auszuhandeln. Deswegen müssen wir in unserem ganz persönlichen Eigeninteresse, für **unsere** Löhne, für die Sicherheit unseres Arbeitsplatzes, für eine faire Umverteilung von Arbeit zum Abbau der Arbeitslosigkeit sein. Aber auch als Ehemann und Ehefrau, als Vater und Mutter, als Freundin und Freund.

Ein sicherlich genauso wichtiges Eigeninteresse ist das an unserer Gesundheit. **Zuviel Arbeit macht krank**. Immer mehr Vollzeitbeschäftigte arbeiten über das vertragliche Maß hinaus – 50- bis 60-Stunden-Wochen und mehr sind in vielen Bereichen keine Ausnahme. Psychische Erkrankungen aufgrund von Arbeitsüberlastung sind inzwischen der 2. häufigste Krankschreibungsgrund und sogar

häufigster Grund für Frühverrentung. Ab der 8. Arbeitsstunde pro Tag nehmen berufsbedingte Erkrankungen und Arbeitsunfälle dramatisch zu. Erkrankungen wegen langer Arbeitszeiten stellen für die Krankenkassen und damit für die Versicherten eine enorme und wachsende finanzielle Belastung dar. Auch die beängstigende Zunahme des Burnout-Syndroms weist in diese Richtung. Aber nicht nur zu viel Arbeit macht krank. Keine Arbeit zu haben, birgt ein noch höheres Krankheitsrisiko. Arbeitslose sind drei- bis viermal so häufig psychisch krank wie Erwerbstätige.

Was für ein Wahnsinn, dass sich gleichzeitig die einen totschuffen und die anderen an zu wenig Arbeit kaputtgehen.

Und jetzt wollen die **Arbeitgeber** und die ihnen willfährigen Wirtschaftswissenschaftler noch die **Rente mit 67** oder gar mit 70 und die **Arbeitszeiten** am liebsten wieder auf 44, 48 oder gar 52 Stunden (so Prof. Sinn vom Ifo-Institut) **heraufsetzen**. Und dies mit scheinbar plausiblen, tatsächlich aber vorgeschobenen Begründungen wie dem demographischen Wandel und dem Fachkräftemangel.

Dahinter stecken in Wirklichkeit handfeste Interessen, z. B. der Versicherungswirtschaft. Die wahren Zusammenhänge, wie etwa dass trotz alternder Gesellschaft heute ein Erwerbstätiger keineswegs mehr Nicht-Erwerbstätige ernährt als vor 50 Jahren, weil wir zwar mehr Alte, aber gleichzeitig viel weniger Kinder haben und außerdem viel mehr Frauen berufstätig sind, wird unterschlagen. Ebenso die Tatsache, dass die Heraufsetzung des **Rentenalters auf 67** zum **Verlust von ca. 2 Millionen Arbeitsplätzen** führen wird (Berechnungen des IAB), was unseren Jugendlichen die Übernahme nach der Ausbildung noch mehr erschwert. Was wir stattdessen bräuchten, wäre eine Neuauflage der staatlich geförderten Altersteilzeit, allerdings mit der Verpflichtung zur Wiederbesetzung durch Ausgebildete oder Arbeitslose, statt mit Freiwilligkeit wie bisher.

Auch zur Behebung des (angeblichen oder wirklichen) **Fachkräftemangels** brauchen wir kürzere statt längere Arbeitszeiten: Nur mit kürzeren (Normal)Arbeitszeiten könnten all die **Frauen**, die Kinderbetreuung oder Pflege von Angehörigen mit Berufsarbeit vereinbaren wollen und bisher wegen zu langer Arbeitszeiten und mangelnder Kinderbetreuungsangebote gar nicht arbeiten, als

Fachkräfte gewonnen werden (die jungen Frauen heute sind das bestausgebildete Arbeitskräftepotential aller Zeiten). Und mit kürzeren Arbeitszeiten könnten **ältere Erwerbstätige** länger gesund im Betrieb bleiben und ihr unschätzbare Erfahrungswissen länger einbringen, statt wie jetzt zu über 50 % aufgrund von Krankheit oder einfach Erschöpfung nicht einmal das Rentenalter von 65 zu erreichen.

Dass Arbeitszeitverkürzung ein wirksames Instrument zum Erhalt von Arbeitsplätzen ist, hat ironischerweise gerade Deutschland in der jüngsten Krise gezeigt. Der breite Einsatz von **Kurzarbeit**, Abbau von Arbeitszeitkonten und beschäftigungssichernder Arbeitszeitverkürzung per Tarifvertrag hat dazu geführt, dass Deutschland in der Krise 2009 als einziges Land Europas bei einem Rückgang des Bruttoinlandsprodukts von über 5 % kaum einen Zuwachs an Arbeitslosigkeit zu verzeichnen hatte, so dass anderenorts schon vom „**deutschen Beschäftigungswunder**“ gesprochen wird.

Berechnungen des gewerkschaftsnahen WSI zufolge haben wir in Deutschland in dieser Zeit im Durchschnitt **genau 30 Stunden** pro Woche gearbeitet. Interessanterweise sind knapp 30 Stunden auch genau die Stundenzahl, die nach volkswirtschaftlichen Berechnungen unseres Bremer Instituts Arbeit und Wirtschaft nötig wäre, um **wieder Vollbeschäftigung** herzustellen.

Nun haben aber viele von uns die Befürchtung, dass kürzere Arbeitszeiten gleichzeitig weniger Lohn bedeuten. Eine Erfahrung, die in der Krise auch gemacht worden ist: trotz eines Teillohnausgleichs war der gekürzte Lohn bei Kurzarbeit für viele nur schwer zu verkraften. Insbesondere Kolleginnen und Kollegen in den unteren Lohngruppen können auf keine Cent verzichten. Deswegen brauchen wir Arbeitszeitverkürzung mit **vollem Lohnausgleich**.

Und das Geld dafür ist da. Der Anteil der **Gewinne** am Volkseinkommen ist in den letzten Jahren **unaufhörlich gestiegen** (von 25 auf 34 %), während die Lohnquote kontinuierlich gesunken ist. Die Arbeitgeber könnten einen vollen Lohnausgleich ohne weiteres bezahlen, sie müssten dafür nur auf einen kleinen Teil ihrer Extra-Gewinne verzichten.

Das täte im Übrigen auch der deutschen und der europäischen bzw. Weltwirtschaft gut. Eine Ursache für die große Finanzmarkt- und Weltwirtschaftskrise war nämlich der Umstand, dass die Vermögenden nicht wussten, wohin mit ihren ganzen **Gewinnen** und sie statt in Realinvestitionen in **spekulative Finanzprodukte** angelegt haben. Etwas weniger Gewinne und dafür höhere Löhne würden stattdessen die Binnennachfrage ankurbeln, was eher zu Realinvestitionen für unseren Binnenmarkt führen würde und uns dadurch auch weniger abhängig vom Export machen würde, unter dem unsere Nachbarländer leiden und dessen Ende im bisherigen Umfang absehbar ist, da die Krise in diesen Ländern dazu führt, dass sie uns unsere Exportartikel demnächst nicht mehr abkaufen können.

Und **warum** muss ein **Vorstandsmitglied 100 mal** (in den USA sogar 400 mal) **soviel** verdienen **wie ein/e normale/r ArbeitnehmerIn**? Das ist das aktuelle Verhältnis in Deutschland – vor 15 Jahren war es noch ca. 50 zu 1. Selbst wenn man unterstellt, ein Vorstandsmitglied arbeite doppelt soviel wie ein/e NormalarbeitnehmerIn, so kann es doch genau wie diese/r nur ein Leben leben, muss einem Körper Nahrung zuführen, kann nur in einem Auto gleichzeitig fahren etc. Und für den öffentlichen Dienst, der unter enormem Einsparungsdruck steht und von dem Interessierte immer wieder behaupten, da ginge Arbeitszeitverkürzung deshalb gar nicht, brauchen wir einfach wieder realistische Einnahmen: eine Vermögenssteuer, die Anhebung des Einkommenssteuerhöchstsatzes (in USA betrug er bis 1960er Jahre 90 %), eine alles erfassende Erbschaftssteuer (mit Freibetrag für Haus und ...), die Finanzaktionssteuer.

Was wir brauchen, ist endlich eine faire Verteilung von Arbeit, Zeit und Geld

- so dass **alle Arbeit** haben, die arbeiten wollen und können;
- so dass alle **genug Geld** verdienen, um ein Leben in Würde und Teilhabe am gesellschaftlichen Leben führen zu können;
und
- so dass alle **genug Zeit** haben, um **gut arbeiten** zu können (die ständige Hetze geht auf die Qualität der Arbeit, was insbesondere in der Arbeit mit Menschen wie z. B. hier an der Uni-Klinik unverantwortlich ist), und um **gut leben** zu können.

Und gutes Leben heißt vor allem **genug Zeit** zu haben für Kinder und Pflegebedürftige, für die Beziehung, für Freunde. Aber auch für sich selbst, für Muße, Sport und kreative Tätigkeit. Und nicht zuletzt für Ehrenamt und gewerkschaftliche und politische Betätigung. Die ewige Klage über das mangelnde ehrenamtliche Engagement und die wachsende Politikverdrossenheit ist einfach verlogen, solange den Menschen nicht Arbeitszeiten geboten werden, die ihnen genug Zeit für ein solches Engagement lassen, und natürlich auch eine Arbeit, die sie nicht so erschöpft, dass sie nach der Arbeit keine Kraft mehr für anderes als Fernsehen und passives Konsumieren haben.

Um das zu gewährleisten, muss allerdings eine Voraussetzung unabdingbar mit Arbeitszeitverkürzung verknüpft werden: wir brauchen einen garantierten **Personalausgleich** für die bei Arbeitszeitverkürzung freiwerdenden Stellen/anteile. Nur dann führt Arbeitszeitverkürzung nicht zu weiterer Arbeitsverdichtung, wie das leider bei den Arbeitszeitverkürzungen der letzten Jahrzehnte häufig der Fall war (nur ca. 50 % der Arbeitszeitverkürzung zur 35-Stundenwoche ging in Beschäftigung, der Rest wurde durch Intensivierung aufgefangen), weil die Personalbemessung nicht mit geregelt worden ist. Wir brauchen tarifvertraglich vereinbarte Maschinenbesetzungstärken, klar definierte Stück- und Fallzahlen, realistische Ziel- und Zeitvorgaben bei Projektarbeit und v.a. eine erweiterte Mitbestimmung der Betriebs- und Personalräte bei der Personalbemessung. Das sollten wir jetzt angehen und die Forderung nach Arbeitszeitverkürzung mit diesen Voraussetzungen in die Betriebe und die nächsten Tarifrunden unserer Gewerkschaften tragen.

Aber Arbeitszeitverkürzung ist keine Aufgabe, die die Gewerkschaften allein bewältigen könnten. Deshalb müssen wir die Forderung nach einer neuen Normalarbeitszeit von etwa 30 Stunden **gemeinsam mit anderen** daran interessierten Menschen und Initiativen aus Kirchen, Umwelt-, Frauen- und Sozialverbänden, aus Familien- und Bildungseinrichtungen, aus Parteien und sozialen Bewegungen laut in die Öffentlichkeit tragen und nicht Ruhe geben, bis diese Forderung erfüllt ist – genau wie unsere VorkämpferInnen vor über 100 Jahren mit dem 8-Studentag.